

## **Die Rolle von Forschung und Technologie für die innere und äußere Sicherheit**

Teil 3 und Abschluss:

– von der „asymmetrischen Bedrohung“ zur „Resymmetrisierung“ der globalen Konflikte –  
(auch: Warum wir bei der Außen- und Sicherheitspolitik historisch etwas weiter ausholen müssen)

**Uwe Wiemken**

Dezember 2014

## **Diskurs Technik und gesellschaftlicher Wandel**

Die in dieser losen Folge von Publikationen erscheinenden Aufsätze haben das Ziel, einen Beitrag zum Diskurs über langfristige technologische Entwicklungen und ihre Implikationen zu leisten. Sie sollen das fachlich eingegrenzte Angebot des Institutes um allgemeine Aspekte des gesellschaftlichen Wandels ergänzen.

Die Beiträge sind als eigenständige Aufsätze entstanden, als Vorlesungs- oder Vortragskripte oder als sonstige Publikationen. Sie sollten aber jeweils für sich gelesen werden können. Das bringt es mit sich, dass Inhalte im Laufe der Jahre entstanden sind, die in Abschnitten fast wortgleich, aber oft auch mit ergänzenden Anmerkungen versehen, erneut dargestellt sind. Einige dieser Arbeiten, die nicht urheberrechtlich gebunden sind, liegen in gekürzten oder modifizierten Versionen in anderen Publikationen vor.

© Uwe Wiemken Dezember 2014

Fraunhofer-Institut  
für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen  
Appelsgarten 2  
53879 Euskirchen  
Telefon +49 2251 18-0  
[info@int.fraunhofer.de](mailto:info@int.fraunhofer.de)  
[www.int.fraunhofer.de](http://www.int.fraunhofer.de)

# **Die Rolle von Forschung und Technologie für die innere und äußere Sicherheit**

(Teil 3 und Abschluss)

– von der „asymmetrischen Bedrohung“  
zur „Resymmetrisierung“ der globalen Konflikte –  
(auch: Warum wir bei der Außen- und Sicherheitspolitik  
historisch etwas weiter ausholen müssen)

Derzeit erleben wir einen sehr grundlegenden Wandel unseres gesellschaftlichen Paradigmas – national und global. Immer nachdrücklicher versuchen immer mehr Menschen, Einfluss auf die Handlungen der Regierenden zu nehmen, und sie werden dabei von den Medien und ihren Eigendynamiken unterstützt – und beeinflusst. Immer mehr Menschen folgen ihrer persönlichen Wahrnehmung und Interpretation der Ereignisse, ihren individuellen Wertmaßstäben und wollen in allen Entscheidungsprozessen ethisch mindestens Position beziehen – eine Meinung formulieren. Zunehmend wollen sie aber auch Kontrolle ausüben und eine mitbestimmende Rolle spielen. Man kann dies als einen beginnenden Übergang und Trend von der „repräsentativen Wahldemokratie“ zur „Mitbestimmungsdemokratie“ charakterisieren. Diese Entwicklung ist mit dem Ethos der offenen Gesellschaften durchaus gewollt, und wenn wir eine etwas langfristige Perspektive einnehmen, gibt sie Anlass für ermutigende Feststellungen. Gerade unser Land hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer „Insel der Seligen“ aus materieller, aber auch aus ethischer Sicht entwickelt – wenn wir den Maßstab des historischen und geografischen Vergleichs heranziehen. Gewiss ist der Strand noch nicht so sauber, wie wir ihn gerne hätten, und nicht alle sind in gleicher und gerechter Weise Nutznießer der Entwicklung, und es gibt viel Bedarf für Verbesserungen und anzustrebenden Fortschritt (was immer das ist). Für allgemeine Kassandrarufe für das Modell der offenen Gesellschaft ist gewiss kein Anlass.

Es gibt aber auch historisch alte und historisch neue Bedrohungen des Gemeinwesens, die es den Handlungsträgern in den offenen Gesellschaften nicht leicht machen, die richtigen Ziele zu setzen, und vor allem diejenigen Gefahren zu identifizieren, die als grundlegend für die Zukunft priorisiert und planerisch berücksichtigt werden müssen.

Diese Gemengelage möchte ich in diesem abschließenden Aufsatz versuchen zu beleuchten – eingeschränkt auf solche Fragestellungen, bei denen wir in ein internationales Geflecht von Abhängigkeiten, Sachzwängen und faktischen Randbedingungen eingebunden sind, die besonders eng mit der ethischen Entwicklung zusammenhängen. Das beschreibt vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik. Ich sage bewusst „wir“, weil die offene Gesellschaft als Ganze durch die Handelnden – die „Politiker“ – vertreten wird. Dazu will ich historisch ein wenig weiter ausholen.

Wenn man in dieser Perspektive nach einer grundsätzlichen Charakterisierung unserer Zeit – des „Zeitgeistes“, der „Situation“ und der „gesellschaftlichen Lage“ – sucht, dann würde ich den Begriff „Achsenzeit“, den Karl Jaspers für die Zeit um 600 v. unserer Zeitrechnung gebraucht<sup>1</sup> hat, wieder aufleben lassen. Es war damals eine Zeit, in der grundstürzende geistesgeschichtliche Entwicklungen die Welt veränderten – eine Welt, die trotz offensichtlicher verkehrstechnischer Beschränkungen durchaus schon als „global“ wahrgenommen werden kann (es gab einen regen globalen „Geschäftsverkehr“ z.B. mit der Feuersteinproduktion und ihrem Vertrieb im praktisch gesamten Europa seit sicher tausend Jahren). In Indien lebte Buddha, in China wirkten Lao-tse und Konfuzius und im griechischen Kulturkreis stellten Naturphilosophen wie Thales von Milet, Heraklit, Xenophanes und Parmenides die Mythen- und Götterwelt des Homer und des Hesiod zwar nicht in einem areligiösen Sinne in Frage, betrachteten sie aber mit neuen Augen.

Es entwickelt sich in dieser Zeit eine neue Geisteshaltung für das Verhältnis des Menschen zu sich und seiner physischen und sozialen Umwelt – eingebettet in ein neues Verhältnis zu Transzendenz und Religion. Das war die Geburt unseres abendländischen Philosophie- und Wissenschaftsverständnisses. Es war aber im Mittelmeerraum, auf den ich mich hier beschränke, auch eine Zeit der ausufernden Gewalt, der Rechtlosigkeit und chaotischer Verunsicherung für die weitaus meisten Menschen.

Ich weiß nicht, ob es so etwas wie einen kulturwissenschaftlichen „Stand der Dinge“ darüber gibt, ob das alles historischer Zufall war, oder irgendeinen höheren Sinn reflektiert, aber in unserer Zeit erleben wir in durchaus ähnlicher Form dramatischen kulturübergreifenden Veränderungsdruck, der nun global fast garkeinen technischen Beschränkungen mehr unterliegt und derzeit bedenkliche bis bedrohliche Facetten bekommt. Ich persönlich glaube diesen sich so sehr beschleunigenden Veränderungsdruck, der sich seit dem Achtzehnten Jahrhundert aufgebaut hat, vor allem als Folge naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen und Eigendynamiken seit der Industriellen Revolution und dann mit einem neuen „Schub“ seit der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts interpretieren zu können – aber ich will darüber nicht streiten (dies ist kein Historiker-Aufsatz). Das Resultat ist jedenfalls eine in ihren Strukturen, verortbaren (oder nicht verortbaren) Machtzentren, Verheißungen und Bedrohungen in vielen Facetten technikdominierte Welt – wie glücklich oder unglücklich wir darüber auch sein mögen. Und das „wir“ gilt de facto global für alle Kulturen und Wertegemeinschaften, die sich auch nicht mehr gegeneinander abschotten können, so sehr sie es auch möchten. Ich persönlich nehme das als eine Technikfolge wahr.

---

<sup>1</sup> Jaspers, Karl (1960): Vom Ursprung und Ziel der Geschichte. München: Verlag R. Piper &Co.

Wir Menschen des „Abendlandes“ haben als die in der Zeit der Renaissance global „erfolgreichste“ Kulturgemeinschaft mit dem Humanismus und dann mit der Aufklärung etwas auf den Weg gebracht, was ich als ein „Menschheitsexperiment“ wahrnehme, und das seit der Mitte des Achtzehnten Jahrhunderts „auf dem Prüfstand steht“. Es basiert in ihren Anfängen ganz wesentlich auf der immer systematischeren Nutzung technischer Entwicklungen durch den Staat (mit Merkantilismus und Kameralismus). Andererseits entwickelte sich im Bürgertum ein emanzipiertes Interesse, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen – und dafür eignet sich die Nutzung technischen Fortschritts besonders gut. Zunehmend wurde die Entwicklung unterstützt durch den Kapitalismus, mit dem eine Vorfinanzierung für „Zukunftsprojekte“ für Bürger möglich wurde, die keinen staatlichen „Förderer“ fanden und nicht über ein ausreichendes eigenes (oder in der Verwandtschaft zusammengebetteltes) Vermögen verfügten.

Im Sinne der Wertschöpfung für das gesamte Gemeinwesen war das eine völlig neue Wohlstandsentwicklung. Sie kam mit Verzögerung auch in breiter werdenden Schichten der Bevölkerung an – auch wenn viele teilweise extrem egoistisch, brutal und rücksichtslos auftretende bürgerliche Industrieunternehmer bis weit ins Neunzehnte Jahrhundert hinhaltenden Widerstand leisteten<sup>2</sup>. Aber auch viele Volksvertreter in den sich entwickelnden Demokratien brachten aus unserer heutigen Sicht geradezu unglaubliche und abenteuerliche Argumentationen gegen die Versuche vor, humanitäre Verbesserungen für die Armen und Schwachen zu erreichen, wie man in englischen Parlamentsakten nachlesen kann<sup>3</sup>.

Dieses Experiment ist lange mit imperialistischem und arrogantem Machtanspruch in die Welt hinausgetragen worden und hat viele alte Kulturen in schrecklicher Weise vernichtet oder überheblich dominiert – und es hat dabei gleichzeitig viele strukturelle und kulturelle Fakten geschaffen, die uns allen heute global „vor die Füße fallen“. Ich glaube, dass uns heutige Menschen in den offenen abendländisch geprägten Gesellschaften diese Tatsache zwar nicht „schuldig“ macht, wohl aber „mitverantwortlich“ und vor allem „beitragsverpflichtet“ für zukunftsfähige Verbesserungen und Lösungen.

Man sollte dieses Experiment, glaube ich, nicht mit „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ charakterisieren<sup>4</sup>, wie im Achtzehnten und Neunzehnten Jahrhundert, wohl aber als Versuch, a l l e n

---

<sup>2</sup> Lesenswert ist dazu (Orig.-Ausgabe 1845): Engels, Friedrich; Kumpmann, Walter (1980): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen., 3. Aufl., 18. - 22. Tsd. München: Dt. Taschenbuch Verl. (dtv Bibliothek, 6012).

<sup>3</sup> In Neue Notizen aus dem Gebiete der Natur- und Heilkunde Weimar 1 1837 -40 1846, n Bd 1, Nr 18, März 1837 Spalten 281-286

<sup>4</sup> Dafür ist mit dieser sehr widersprüchlichen Parole zu viel Schreckliches gerechtfertigt worden.

(!) Menschen ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Leben unter Wahrung ihrer Würde zu ermöglichen. Man kann das Ziel dieses Experimentes als Emanzipation beschreiben. Jakob Burckhardt spricht von „Erwachen des Individuums“<sup>5</sup> in der Renaissance – und ich glaube, dass wir das Recht haben, jedenfalls mindestens diese Werte als „Metaethos multikulturellen Zusammenlebens“ und seiner Regelwerke als unverzichtbar einzufordern – und sie zu verteidigen. Man sollte sich dabei aber klar machen, dass es sich tatsächlich um ein Experiment handelt, das in der Menschheitsgeschichte noch nie versucht worden ist! Immer waren in den „normalen“ gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen Minderheiten – sagen wir 20% (oft auch sehr deutlich weniger) die eigentlichen Machthaber und Entscheidungsträger. Sie waren als Leitfiguren sicher auch gleichzeitig „Kultur- und Zeitgeistträger“. Das gilt für Räuberbanden und die Mafia genauso wie für Pseudo- oder Protodemokratien, Königtümer, Feudalsysteme, Oligarchien oder Gottesstaaten. Wenn es sehr gut gelaufen ist – und das ist es durchaus manchmal –, konnten große Kulturen geschaffen werden, die der überwiegenden Mehrheit ihrer Menschen in ihrem einflusslosen Winkel der Geschichte ein subjektiv befriedigendes und einigermaßen sicheres Leben ermöglichten. Immer aber waren die weitaus meisten Menschen bestenfalls „Schäflein, die auf der grünen Wiese geweidet wurden“. Sie mussten sich aber natürlich durchaus hüten, sich ernsthaft gegen die gesellschaftliche „Realität“ aufzulehnen, egal, wie der „Herr“ (oder Besitzer) oder der „Schäfer“ sie be- oder misshandelte. Oft genug hat er sie missbraucht<sup>6</sup> oder wie Schlachtvieh oder als Kanonenfutter behandelt. „Gerecht“ nach unserem Verständnis ist es dabei nicht gerade zugegangen.

Gewiss wurden nicht selten gleichzeitig in solchen gesellschaftlichen Gegebenheiten große und bleibende Kulturleistungen in Angriff genommen (oft erzwungen) – von einer Bevölkerungsschicht, die ihre privilegierte Stellung und Weisungsmacht nutzen konnte, und dies tat. So sind die Pyramiden, die Akropolis und der Parthenontempel entstanden, der Pergamonaltar, die Kathedralen des Mittelalters, die Renaissancebauten in der Neuzeit und die großartige Architektur des Barock – und es sind in der jeweiligen Kultur große geistesgeschichtliche Leistungen wie die philosophischen Konzepte der Antike oder der Renaissance und unvergängliche Werke der Weltliteratur formuliert worden.

---

<sup>5</sup> Zitiert nach: Engelhardt, Viktor (1921): Weltbild und Weltanschauung. vom Altertum bis zur Gegenwart. Eine kulturphilosophische Skizze. Leipzig: Philipp Reclam jun.

<sup>6</sup> Die adeligen Päderasten des Achtzehnten Jahrhunderts haben sich durchaus beim Volk Befriedigung gesucht – ohne ethisches Unrechtsbewusstsein.

Viele Philosophen und Kulturhistoriker<sup>7</sup> haben sich in der ersten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts Gedanken/Sorgen darüber gemacht, wie sich die Kultur (und das Sozialverhalten) einer so entstehenden Massengesellschaft entwickeln würde – auch angesichts der immer überwältigenderen naturwissenschaftlich-technischen Entwicklungen und der kulturellen und politischen Katastrophe der Entstehung des Ersten Weltkrieges. T. S. Eliot<sup>8</sup> stellt heraus, dass eine Massengesellschaft möglicherweise kulturelle Spitzenleistungen des „klassischen Typs“, wie angesprochen, nicht mehr hervorbringen kann – ich würde allerdings ergänzen: wie immer man das bewerten will. Er sieht es wohl als „wenn Ihr es so wollt, dürft Ihr Euch aber nicht darüber beklagen“.

Der Prozess jedenfalls ist noch lange nicht abgeschlossen und bringt in unserer Zeit viele politische Konflikte mit sich, wenn Gesellschafts- und Wertesysteme als Handlungsreferenz globaler Akteure eine Rolle spielen, die sich selber dem Menschheitsexperiment aus grundsätzlichen weltanschaulichen, ideologischen oder religiösen, politischen oder pragmatischen Erwägungen heraus nicht anschließen wollen – vielleicht ja einige davon „noch nicht“, weil sie die Zeit für ihre Gesellschaft noch nicht gekommen sehen. Manche dieser Akteure verbinden ihre Ablehnung in jüngster Zeit allerdings mit aggressiver, gewaltbereiter Arroganz und Intoleranz gegenüber den offenen Demokratien und ihren sozialen Werten, Umgangsformen und ihrer Streitkultur – das sind zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen unserer Zeit.

Das beschriebene emanzipatorische Menschheitsexperiment hat nun einerseits die Menschen (im Prinzip ja alle!) aus ihrer Unmündigkeit und ihrem Behütetsein in die reale Welt eigener Meinungsbildung, aber auch selbst zu verantwortenden Entscheidungen mit ihren Konsequenzen vertrieben („Du musst Dich selber darum kümmern, eine Wiese zu finden“). Das ist (auch individuell) ein anspruchsvoller und oft leidvoller Weg, der sich durchaus noch nicht langfristig und nachhaltig als das „endgültige“ Gesellschafts- und Entwicklungsmodell herauskristallisiert<sup>9</sup> hat – auch wenn es auf der anderen Seite gewiss noch nicht als historisch erfolglos erwiesen ist. Jedenfalls ist es weiterhin verteidigungswürdig und gegenüber der Welt angebotswürdig.

Zentral und stellvertretend für dieses Experiment und sein Ethos ist der wunderbare (eigentlich paradoxe) Satz unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, den Navid

---

<sup>7</sup> Egon Friedell, Oswald Spengler, Walther Rathenau, Gustave le Bon, Ortega y Gasset und in jüngerer Zeit Francis Fukuyama und Samuel Huntington (und viele mehr).

<sup>8</sup> Eliot, T. S.: Notes towards the Definition of Culture. Ich will auf seine extreme religiös-konservative Grundprägung hier nicht eingehen.

<sup>9</sup> S. Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler. Passim.

Kermani im Deutschen Bundestag so kommentierte<sup>10</sup>: *„Sprachlich ist das - man mag es nicht als brillant bezeichnen, weil man damit einen eminent normativen Text ästhetisierte – es ist vollkommen, nichts anderes“* – dies übrigens in brillanter Formulierung. Unser Ethos der liberalen offenen Gesellschaft verpflichtet uns, dafür, wenn nötig, unser Leben einzusetzen! Und ich will hinzufügen, dass genau das für den Erhalt unserer Gesellschaft und ihrer Basiswerte notwendig sein oder wieder werden kann. Karl Popper hat in seinen letzten Jahren (Anfang der neunziger Jahre) Befürchtungen geäußert, dass die junge Generation sich das Leben in einem totalitären Staat nicht mehr vorstellen kann und an Verteidigungs- und Leidensbereitschaft (!) verliert.

Ich würde in unserer heutigen Zeit und ihrer komplexen politischen Gemengelage den Begriff der „wehrhaften streitbaren Demokratie“ des Verfassungsgerichtes angesichts sehr grundsätzlicher Bedrohungen wieder aufgreifen, und ihm heute eine globale Perspektive geben. Der von den Soziologen Karl Loewenstein und Karl Mannheim (1943) geprägte Begriff hatte in der Nachkriegszeit in Deutschland eine eher innere Bedeutung für die Verteidigung der jungen Nachkriegsdemokratie gegen Verfassungsfeinde. Carlo Schmidt hat es 1948 im Parlamentarischen Rat (West) so formuliert: *„Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selbst die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. (...) Man muss auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“*. Es sollten die Schwächen der Weimarer Verfassung vermieden werden, indem man einige fundamentale Festlegungen im Sinne eines „Glaubensbekenntnisses“, als unverhandelbar und auch nicht durch Mehrheitsbeschluss änderbar einstufte – vor allem nicht eine „Machtübergabe“ an Verfassungsfeinde durch eine formal verfassungskonforme parlamentarische Abstimmung. Dieses „Glaubensbekenntnis“ ist im Kern säkular basiert.

Unsere offene (hoffentlich wehrhafte) Gesellschaft steht heute vor großen Herausforderungen und Bedrohungen, die historisch neu sind und für unsere politischen „Handlungsträger“ ein ganz neues Beurteilungs-, Planungs- und Verhaltensparadigma mit sich bringen. In meiner (zugegeben „technozentrischen“) Wahrnehmung konfrontiert uns die IT-Entwicklung seit den achtziger Jahren zunehmend mit sich sehr schnell verändernden Grundprägungen und ethischen Erwartungshaltungen – und wenn wir über Konfliktpotentiale und Sicherheitspolitik reden wollen, konfrontiert sie uns mit „asymmetrischen Konfliktszenarien<sup>11</sup>“. Immer häufiger bekommen wir es mit immer „wirksameren“ Akteuren zu tun, die den Versuch machen, ihre Ziele mit terroristischer Gewalt durchzusetzen. Das konnte man in den siebziger Jahren noch als zwar in Ein-

---

<sup>10</sup> Feierstunde zu 65 Jahren Grundgesetz

<sup>11</sup> Ich will die klassischen asymmetrischen Szenarien, etwa im Partisanenkampf oder in Vietnam, hier nicht betrachten.



zelaktionen gewalttätig aber in der „Beurteilung der Lage“ durch die Terroristen erschütternd dumm wahrnehmen (etwa bei der RAF), und letztlich mit den gleichen Mitteln bekämpfen, mit denen die organisierte Kriminalität bekämpft wurde. In Stufen veränderten sich aber die Motivationen, Zielsetzungen und Erscheinungsformen des Terrors gegenüber der Gesellschaft. Immer weniger bestand das Ziel darin, etwas unmittelbar durchzusetzen, z.B. die Freilassung von Gesinnungsgenossen zu erpressen. Der eigentliche Zweck einer terroristischen Aktion bestand zunehmend darin, das existierende Gesellschaftssystem im eigenen Land als Ganzes zu verändern, und es allenfalls langfristig zu beeinflussen – etwa, um fremde kulturelle Einflüsse aus dem Land zu treiben. Der Terror wurde zu einem Mittel im Kampf fundamentalistischer Weltbilder und oft genug abseitiger Weltanschauungen (und wenn man schon alle Hemmschwellen überwunden hat, ist dann wieder jedes Mittel für die Geldbeschaffung recht). Das hat den „Krieg gegen den Terror“ ausgelöst, insbesondere, nachdem er mit dem 11. September traumatisierend in ein „Homeland“ getragen worden war. Die dabei in der historischen Entwicklung zu beobachtenden Eskalationsprozesse will ich hier nicht weiter ausführen oder werten, aber ich nehme die jüngsten Entwicklungen als so etwas wie eine „Resymmetrisierung“ der Bedrohungen wahr.

Das will ich genauer ansprechen: in der Vergangenheit waren terroristische Aktionen in der Regel auf Gruppierungen von Gesinnungsgenossen beschränkt, die sich weitgehend regional zusammenfanden, Pläne machten und ausführten. Jede überregionale Organisation war strategisch „konspirativ“ darauf angelegt, dass die übergeordneten Hierarchieknoten bei Entdeckung einer Zelle auch bei Folter nicht wirklich in Gefahr gebracht werden konnten. Die Kommunikationsverbindungen für taktische Anweisungen wurden durch Kuriere hergestellt, oder allenfalls durch Telefonkontakte mit vereinbarten Codes.

Hier kommen nun die Informations- und Kommunikationstechnologien, namentlich das Internet ins Spiel. Zum einen – zunächst durchaus wertungsneutral – können über das Internet ganz allgemein „Wertegemeinschaften“ ein Forum von Gleichgesinnten finden, die früher sozial ausgegrenzt wurden und keine ernsthafte Rolle spielten. Das Netz ist zu einem sozialen Interaktionsraum geworden, der de facto nur sehr schwer durch die national an der Technik beteiligten „Providergesellschaften“ zu überwachen ist, ja dessen Unkontrollierbarkeit in den offenen Gesellschaften geradezu als ein beabsichtigtes gesellschaftliches Emanzipationsziel propagiert wird. Ich will dieser Position in den Zielen hier garnicht widersprechen – man kann sie als „Begleitfacette“ des Experimentes betrachten, das die offenen Gesellschaften im Achtzehnten Jahrhundert auf den Weg gebracht haben – , aber wir erleben auf der anderen Seite gleichzeitig, dass Menschen diese Unkontrollierbarkeit beunruhigend effizient dazu nutzen können, genau das zu

praktizieren, was in der Weimarer Republik so schrecklich schiefgegangen ist. Hitler hat die Liberalität der Weimarer Verfassung und ihre demokratisch/offene Streitkultur, die er wie viele in seiner Zeit verachtete, erfolgreich missbraucht – und die „wehrhafte Demokratie“ des Westens war der Versuch, das demokratische Staatsmodell ohne Verletzung der Grundwerte einer offenen Gesellschaft zu modifizieren – ganz anders übrigens als es dem Osten Deutschlands durch den Warschauer Pakt als vermeintliche Demokratie aufoktroziert wurde. Die beschriebene Nutzungsmöglichkeit des Internet gibt nun aber global agierenden Fundamentalisten und Terroristen ein höchst effizientes Instrument, ganz offen strategisch zu kommunizieren, um ihre Propaganda für die Gewinnung von Anhängern zu verbreiten, aber auch, um sehr effektiv übergeordnete strategische Kommunikation zu realisieren. Verdeckte Terrorzellen in allen „Homelands“ können „von oben“ über das Netz anonym und kaum rückverfolgbar mit Einschätzungen, Wertungen, strategischen Vorschlägen und Wünschen, wenn nicht sogar direkten taktischen „Anweisungen“ versorgt werden, um auf diese Weise z.B. unkontrollierte Furcht und „teure“ Überreaktionen auszulösen. Es ist zu erwarten, dass das als strategische „Waffe“ zunehmend „symmetrisch“ genutzt werden wird, auch wenn die Mittel, die taktisch eingesetzt werden, asymmetrisch sind. Die (von uns gewünschte) ethische Sensibilität der offenen demokratischen Gesellschaften und die darin eben liegende Verwundbarkeit und Schwäche ist dabei ein klar eingesetztes Mittel für die Kriegsführung durch die Terroristen, die sich etwa mit dem IS derzeit etablieren.

Als „Resymmetrisierung“ verstehe ich vor diesem Hintergrund den Trend, dass die Bedrohungslage im derzeit entstehenden übernationalen zivilisatorischen Gebilde der Weltgemeinschaft einen Wandel durchmacht, und Gegner auf der Bühne erscheinen, die das gesamtgesellschaftliche Modell einer offenen Gesellschaft ablehnen und bekämpfen – auch unter Inkaufnahme einer ernsthaften Beeinträchtigung der von diesem System geleisteten Dienste! Die zivilisierte Welt muss erkennen, dass hier ein Paradigmenwandel auf sie zukommt, der viel grundlegender für die Konfliktbeherrschung ist, als die klassischen „Machtspiele“ der heutigen globalen Akteure, die interessengesteuert und damit letztlich rational sind (da sind durchaus einige dabei, die alles andere als „nett“ sind oder „lupenreine Demokraten“).

Während es einer fundamentalistischen Gruppierung durchaus als strategisch attraktiv erscheinen könnte, das empfindliche und sehr komplexe Netzwerk einer modernen technischen Zivilisation strategisch im Sinne eines „denial of service“ nachhaltig zu schädigen, wollen die beschriebenen letztlich rationalen Akteure alles andere, als eine ernsthafte Störung des existierenden Paradigmas. Allenfalls setzen sie Einbußen, die sie glauben in ihrem Machtbereich besser „ver-

kraften“ und den Menschen zumuten zu können, als Druckmittel zur Durchsetzung nationaler Interessen ein (so agiert in meiner Wahrnehmung Wladimir Putin derzeit). In dieser Grundhaltung liegt aber natürlich die Gefahr, dass unbeherrschbare Eigendynamiken entstehen, die dann doch wieder in „unproduktiver“ Gewalt enden.

Nachdem wir in den vergangenen Jahrzehnten das Entstehen von global und übernational agierenden „NGOs“ als ethisch in unserer Wahrnehmung gewiss positiv vertretbare Wertegemeinschaften erlebt haben, sind wir heute mit Angriffen konfrontiert, die eine Geisteshaltung weit außerhalb des „zivilisierten Umganges“ zeigen, aber nicht wie die Mafia „lediglich“ auf materielle Ziele gerichtet ist, sondern auf die möglichst umfassende Durchsetzung fundamentaler Weltbilder. Diese sind aber prinzipiell totalitär im Sinne von Karl Popper und seinem „Historizismusvorwurf“<sup>12</sup>. Wenn der Wille, sich durchzusetzen, nicht durch eine „zunehmend zivilisierte Streitkultur“<sup>13</sup> gebändigt wird, fehlen wichtige Kontrollmechanismen für die Machtausübung. Jede Wertegemeinschaft mit einer fundamentalen „Glaubensgewissheit“ würde natürlich gerne ihr Weltbild für alle durchsetzen, weil es ja „das richtige“ ist (das ist durchaus verständlich). Es gibt aber leider zu viele einander widersprechende Ethica, als dass wir das zulassen könnten (das ist die Grundidee der Aufklärung und des Liberalismus). In jedem Land gibt es (zunehmend) Minderheiten, die nach einem eigenen Ethos leben wollen und kein Land kann sich kulturell noch „auseinanderdividieren“, auch wenn manche sich dabei vielleicht wohler fühlen würden. Einige versuchen, es durch „ethnische“ Säuberungen, die ja eher „ethische“ – also kulturelle – Säuberungen sind, zu erzwingen.

Vor diesem Hintergrund – und das ist in dieser Dominanz und Unausweichlichkeit neu – erzwingt Technik die Globalisierung, die uns bei unerfreulich kurzen „Zeitkonstanten“<sup>14</sup> mit ganz neuen und höchst schwierigen auch demokratiethoretisch bedeutsamen Entwicklungen konfrontiert; mit der Frage nämlich, wie wir diese vielen ethischen und kulturellen Einzelentwicklungen und sozialen Cluster auf der Welt möglichst friedlich in ein globales Miteinander überführen können. Es ist uns jedenfalls in unserer technikdominierten Welt nicht mehr möglich, uns ge-

---

<sup>12</sup> Dieser hat sich mit den gefährlichen Verführungen fundamentalistischer Weltanschauungen auseinandergesetzt: Popper, Karl: „Das Elend des Historizismus“, 5. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1979 und Popper, Karl R.: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (1 und 2), UTB Franke Verlag München 5. Aufl. 1977

<sup>13</sup> Man kann auch von einer „Verrechtlichung“ sprechen.

<sup>14</sup> Den Begriff benutzen Physiker, wenn sie ganz generell charakterisieren wollen, ob sich Phänomene einer Untersuchungsfragestellung in Jahrtausenden, in Jahren, in Minuten oder in Pikosekunden abspielen.

geneinander abzuschotten<sup>15</sup> – und ebenso wenig ist es möglich, „ein Weltreich“ aufzubauen (wieder mal), das dann von einem Weltbild mit einer Ideologie und einem Ethos dominiert wird. Das werden vermutlich weiterhin manche für notwendig und möglich halten und es versuchen, sie werden es aber nicht schaffen – und sie werden bei dem Versuch Mitmenschen unermesslichen Schaden zufügen und selber Schaden erleiden<sup>16</sup>.

Es gibt eine zweite Facette, die mit den skizzierten Tendenzen eng zusammenhängt. Die Emanzipationsentwicklungen seit der Aufklärung, die sehr stark auf Individualität, Selbstbestimmtheit, Selbstverwirklichung und Eigenverantwortung setzen, haben dazu geführt, dass vielen Menschen, die sich lieber „auf der grünen Weide“ einer Autorität unterordnen und fremdbestimmt sein wollen (sogar eher „Ungerechtigkeit bis hin zu gerade noch erträglichem Leid“ erdulden, als aufzubegehren und selbstbestimmt zu kämpfen), von der Gesellschaft mit ihrem säkularen Ethos keine emotionale Heimat geboten wird. Sie sind häufig als überfordert einzustufen – ohne dass ich das als Wertung hier einführen möchte. Historisch waren sie, wie angesprochen, zunächst die tatsächliche große Mehrheit und der Geschichte und den Machthabern und deren Ethos und Motivationen schicksalhaft ausgeliefert, wie beschrieben. Seit der Aufklärung sind sie nicht nur, aber auch ein manipulierbarer Spielball für Populisten und es ist für unser Gesellschaftsmodell eine der herausragenden Problemstellungen, der darin liegenden Gefahr zu begegnen – und sie durch Bildung/Ausbildung aus dieser Unmündigkeit herauszuführen. Das allerdings sollte man als Jahrhundertaufgabe wahrnehmen.

Besonders gefährdet sind in dieser Hinsicht naturgemäß junge Menschen, die noch nach der Wertegemeinschaft suchen, die ihnen entsprechend ihren Bedürfnissen auch eine emotionale Heimat bietet. Die „Offenheit“ in unserer Gesellschaft, und die Forderung, eine emanzipierte Entscheidung über die Wertegemeinschaft zu fällen, der man angehören will, stellt für junge Menschen ein grundlegendes Entwicklungsproblem dar. Das ist (wieder in meiner Wahrnehmung) in unserer offenen Gesellschaft für eine übergroße Mehrheit kein sehr beunruhigendes Problem. Wir können durchaus darauf vertrauen, dass bei den sozial integrierten und gut aus-

---

<sup>15</sup> Allein die Information darüber, wie es „wo anders“ aussieht, ist heute de facto nicht mehr „einzuhegen“, so naiv und wirklichkeitsfremd die Wahrnehmung und Einschätzung der „dortigen“ Verhältnisse auch sein mag. Diese Unmöglichkeit, sich abzuschotten, war eine wesentliche Facette des Zusammenbruchs des Ostblocks, und sie ist eine ängstlich beäugte Entwicklung in nicht-offenen Gesellschaften etwa in der Türkei, in China oder in der islamischen Welt.

<sup>16</sup> Der Versuch, das Land in den „Steinzeit-Kommunismus“ zurückzumassakrieren, hat in Kambodscha nicht funktioniert, und auch die Taliban und der IS nutzen zwar vergleichsweise moderne Technik, um Buddha-Statuen in die Luft zu sprengen oder Videos von Enthauptungen zu verbreiten, sie werden es aber nicht schaffen, die Technik da, wo sie ihrem kulturellen Paradigma schadet, zu unterdrücken und selektiv da, wo es ihnen zu nützen scheint, zu verwenden.

gebildeten jungen Menschen (in den meisten gesellschaftlich integrierten Wertegemeinschaften) kein Grund zum Alarmismus gegeben ist. So hoch die Wogen der Argumente dabei auch zwischendurch schlagen mögen – der „Untergang des Abendlandes“ steht nicht unmittelbar bevor, und ich erlebe derzeit ein großes altruistisches Engagement der jungen Generation. Allerdings, wie angesprochen, gibt es einen Bodensatz von anfälligen Jugendlichen, die früher „wirksam und manchmal brutal“ von ihren Wertegemeinschaften sozial ausgegrenzt wurden und keinen Einfluss hatten, und die heute dem Angebot eines noch so grotesk simplen sozialen Zugehörigkeitsgefühl nicht widerstehen können – selbst wenn es das Leben kostet. Dieses Grundbedürfnis junger Menschen scheint eine anthropologische Konstante zu sein (die gruseligen Aufnahmeriten mancher Studentenverbindungen in den USA werden in Kauf genommen, um „dazuzugehören“, und die (jetzigen) Salafisten nutzen sehr grundlegende menschliche Verhaltensmuster, um junge Menschen zu verführen). Es wäre übrigens an der Zeit, diese Prägungen als anthropologische Problemstellungen für die Friedensforschung wahrzunehmen (die Intifada und ihre Eskalationgeschichte sind in meiner Wahrnehmung vor allem ein anthropologisches Phänomen!).

Was sind nun die Konsequenzen dieser Einschätzungen für außen- und sicherheitspolitisches Handeln?

Zunächst: die offenen Gesellschaften haben „Wirkmacht“ – ob sie (wir) das wollen und gut finden oder nicht. Ein Elefant kann nicht leugnen, dass er groß und de facto mächtig ist – wie immer er es geworden ist. Er muss damit leben, dass er selbst bei „unschuldigen“ Bewegungen kleinere „Mitwesen“ vielleicht gefährdet, jedenfalls aber stark beeinflusst – und dass diese verständliche Angst vor ihm haben. Daraus ergeben sich Konsequenzen, die ich als das Akzeptieren eines „Ethos der Macht“ beschreiben würde. Es ist „für Große“ nicht möglich, sich aus dem Weltgeschehen zu verabschieden. Man ist de facto in seiner Sicherheit oder auch in seinen nationalen Bedürfnissen und Interessen von „kleinen und großen Freunden, Konkurrenten, Kunden, Vertragspartnern, Kritikern und Feinden (und schlicht Kriminellen)“ umgeben. Man muss die Rolle auch spielen, die von „den Anderen“ erwartet wird (ob man sie genau so ausfüllen muss, wie diese ihrerseits es im jeweiligen Eigeninteresse erwarten, ist eine andere Frage). Die Alternative wäre jedenfalls ein Ausscheiden aus dem Diskurs (und aus der Konfliktkultur) der global Handelnden, die man vielleicht national als ethisch „hochwertig“ einstufen könnte, was aber die Folge hätte, dass man mit dem eigenen Ethos in der Welt nicht mehr wahrgenommen wird (im Wortsinn) und am Ende des Tages auch ethisch nicht mehr selbstbestimmt ist. Ich persönlich würde das für unsere Gesellschaft nicht ohne starken Widerstand akzeptieren.

Natürlich erlegt uns das für uns bindende Ethos die Verpflichtung auf, die Interessen der „Kleinen“ nicht zu ignorieren oder womöglich im materiellen Eigeninteresse zu überschreiben. Die „Arroganz der Macht<sup>17</sup>“ in Verbindung mit einer „Hybris der Macht“ konfrontiert uns mit den Schattenseiten, die einer gesamtglobalen gedeihlichen Entwicklung entgegenstehen.

Es wäre nun allerdings sehr naiv zu glauben, dass man mit sehr allgemeinen und ethisch ja durchaus unstrittigen Einschätzungen und Wertorientierungen die politische „Handlungswelt“ mitbestimmend „an die Kandare nehmen“ und „beauftragen“, kann, diese jetzt auch umzusetzen – es wäre nach meiner Einschätzung für unseren Kontext der Außen- und Sicherheitspolitik auch gefährlich. Die Traumatisierung der offenen Gesellschaften der Nachkriegszeit durch vorangegangenen und weiter zu beobachtenden monströsen Missbrauch der Macht in ganz unterschiedlichen Ausprägungen darf nicht zu einer Überreaktion und einer „Ohnmacht der Macht“ führen, weil die Gesellschaft eine minutiöse Kontrolle der Handlungen mit ethischen Maßstäben einfordert, für deren Realisierung man leider keine realen Menschen – und keine Verbündeten – mehr findet. Man bekommt dann nur allzu leicht solche Menschen, die auf diesem Klavier der öffentlichen Wahrnehmungen machtpolitisch gut spielen können – man „ertüchtigt“ die Populisten. Eine Diktatur der „political correctness“ und des „Gutmenschentums“, die auf diese Weise schnell entsteht, ist nichtsdestoweniger eine Diktatur<sup>18</sup>. Die entstehende Erwartungshaltung, dass die Forderungen zudem innerhalb von wenigen Jahren umzusetzen sind (ähnlich wie die angekündigten „blühenden Landschaften“), macht es nicht leichter angesichts der Tatsache, dass sehr fundamentale Veränderungen für grundsätzliche kulturelle Prägnungen viele Jahrzehnte mit stetigem Veränderungsdruck brauchen. Die offenen Gesellschaften bringen sich selber in Gefahr, wenn sie keine „strategische Geduld“ aufbringen können und erwarten, dass die Welt bis morgen, spätestens aber bis zum nächsten Jahr ethisch „durchgestylt“ und „gerettet“ sein muss, damit wir endlich eine gerechte Welt haben – die werden wir so schnell nicht bekommen!

Jedenfalls würden wir mit einem unmittelbaren ethisch motivierten Kontroll- und Mitbestimmungsanspruch an eine Grenze der Rolle des Parlamentes kommen, wie sie den Verfassungsvätern einmal vorgeschwebt hatte. Ähnlich, wie das „imperative Mandat“ in der Nachkriegszeit

---

<sup>17</sup> Fulbright.

<sup>18</sup> Auch mit solchen Aspekten hat sich die intellektuelle Szene der fünfziger und sechziger Jahre auseinandergesetzt (etwa der Kreis um den „Club Voltaire“ und die „liberale Szene“). Namentlich Arnold Gehlen hat sich mit „Moral und Hypermoral“ mit der Frage beschäftigt, wann Humanismus in Humanitarismus, Masseneudaimonismus und in eine „Hypertrophie der Moral“ ausartet und gefährlich ist. Auch Staatsrechtler wie Ernst Forsthoff haben sich mit der besonderen Situation Deutschland mit dem Grundgesetz befasst. Dieser Diskurs ebte ab, ist es aber geistesgeschichtlich (und politisch) durchaus wert, von den Liberalen wieder aufgenommen zu werden.

immer wieder Gegenstand des Diskurses und des Streites innerhalb der politischen Parteien war (und es heute noch ist), würde ein quasi „imperatives Mandat“ für die Regierung durch das Parlament politisches Handeln im sehr sensitiven Umfeld der Außen- und Sicherheitspolitik mit ihren starken Bezügen zur „Staatsräson“ und zu den Handlungen der Verbündeten viel zu sehr einschränken – und damit sind wir bei unserer Überschrift und der besonderen Rolle der Sicherheitspolitik.

„Mitnehmen“ des Parlaments (und der Öffentlichkeit) ist auch in dieser Frage heute parlamentarisch sicher notwendig – allerdings nur so weit, wie es nicht kontraproduktiv oder gefährlich ist. Die Entscheidung über das Maß und den Umfang des Mitnehmens kann nicht in normativem Vorgriff allgemein und vor allem nicht imperativ festgelegt werden, dafür ist unsere Fähigkeit, die Zukunft zu antizipieren und alle möglichen Entscheidungssituationen in der realen Welt im Voraus zu kennen und in ein vordefiniertes bindendes Regelwerk zu gießen, viel zu begrenzt. Allenfalls kann man mit und gegenüber den parlamentarischen Kontrollgremien über nachträgliche Offenlegung (wie in den USA) diskutieren, aber auch die muss aus Staatsräson als „geheim“ eingestuft werden können (und darf nicht durch parlamentarische „Whistleblower“ aus einem parlamentarischen Ausschuss an die Öffentlichkeit gebracht werden). Natürlich können (und sollten) ungewünschte verkrustete Kontrollstrukturen und -abläufe angesichts neuer Entwicklungen korrigiert werden – das ist aber vor allem ein innerparlamentarischer Vorgang. Die vertraglich und vielleicht sogar freundschaftlich mit uns verbundene Welt darf aber jedenfalls keine „german free“-Vorstellungen bei angestrebten oder konkret ins Auge gefassten Kooperationen entwickeln, weil die parlamentarischen Kontrollmechanismen in Deutschland geheimes, schnelles und verlässliches Handeln für sicherheitspolitisch relevante Einsätze nicht zulassen. Ich persönlich sehe in meiner Lebenszeit und meinem Lebensumfeld aber auch keinen Grund, unserer politischen Klasse grundsätzliche Vertrauenswürdigkeit in ihren ethischen Motiven und Zielen für ihr politisches Mandat abzuspochen. Wohlgemerkt, nach dem Willen der Verfassungsväter ist der Maßstab für die Beurteilung eines Politikers die Einschätzung der Wähler, ob sie ihm als Mitmensch (und auch als pragmatischem Problemlöser) darin vertrauen können und wollen, dass er ihr Weltbild und ihre Interessen in individueller Abwägung vertreten kann – und darin, dass er die Ziele für die Weiterentwicklung unserer offenen Gesellschaft nach bestem Wissen und Gewissen richtig setzt. Sehr fragwürdig ist eine Erwartung der Öffentlichkeit „wenn ich selber schon kein Heiliger bin, sollten es wenigstens die Leute sein, die für mich agieren“. Das erzeugt eine gefährliche Tendenz zum Populismus und zu negativen Prägungen im Auswahl- und Elitebildungsprozess. Wer sollte es schließlich sonst machen, wenn nicht die, die sich zur

Wahl stellen – etwa die, die uns weismachen wollen, dass sie wissen, wo es lang geht, und dass richtiges Handeln „ganz einfach“ ist?

Für Menschen, die in unserer heutigen komplexen Welt erfolgreich handeln können, gibt es lukrativere und „entspanntere“ Tätigkeitsfelder als die heutige Politik. Frustrierte, desillusionierte und schließlich zynische politische Handlungsträger – oder solche, die diese Art von Umgang mit der Öffentlichkeit schon mit sechzehn Jahren in ihrer Karriereplanung einplanen und sie darauf ausrichten – sind so ziemlich das Letzte, was eine offene Gesellschaft braucht. Es ist allzu kindlich, ohne tatsächliche Kenntnis der Entscheidungssituationen an die Entscheidungen in der Politik nur den Maßstab anzulegen, ob sie meinen ethischen Erwartungen genügen.

Ich sehe jedenfalls in der Außen- und Sicherheitspolitik die Gefahr zu weit gehender Handlungseinschränkungen und damit einen Verstoß der Gesamtgesellschaft gegen das Ethos der Macht. Uns „rauszuhalten“ wird nicht funktionieren! Für diese äußere Facette unserer Gesellschaft ist die repräsentative Demokratie das einzige akzeptable Handlungsmodell, das ich mir vorstellen will. Das schließt nicht aus, dass wir einen auch strittigen Diskurs darüber führen, welche (hoffentlich klar formulierten) Mandate, grundsätzlichen Ziele und damit Wertevorgaben wir der gewählten Regierung für ihre Amtszeit mitgeben und als Gesellschaft und Parlament mitverantworten – und auch, dass wir da, wo es sinnvoll ist, vorsichtig die Möglichkeiten einer weitergehenden Mitbestimmungsdemokratie ausloten.